

Mehr Wettbewerb wagen

«Die Institutionen müssen helfen, Freiheit zu entwickeln.» – Ludwig Erhard



Von Nationalrat Gerold Bührer
Wirtschaftsberater, Thayngen

Es ist eigentlich eine Binsenwahrheit, dass die Öffnung der Märkte und die Gewährleistung von Wettbewerb Innovationen und Produktivität hochhalten und somit mittels tieferen Preisen die Kaufkraft der Konsumenten begünstigen. Es ist ebenso eindeutig, dass die Behinderung von Wettbewerb, sei es durch eine aussenwirtschaftliche Abschottung oder Interventionen im Innern, jeweils zu erheblichen Folgeschäden geführt hat. Der Schutz einzelner Branchen, so beispielsweise etwa der amerikanischen Autoindustrie, oder aber die verzögerte Marktöffnung im schweizerischen Telekommunikationsmarkt haben für die gesamte Volkswirtschaft zu erheblichen Einbussen geführt. Kurzfristig dominierte Rücksichtnahmen auf politisch heikle Interessengruppen erfreuen sich dennoch nach wie vor grosser Akzeptanz.

Die Globalisierung muss allen positiven Effekten zum Trotz zur Rechtfertigung für das Errichten von Barrieren erhalten. Im Gegensatz zu den Beteuerungen in den Sonntagsreden wird die Marktwirtschaft immer wieder massiv beschnitten. Die Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft, wie Walter Euken, Müller-Armack oder Ludwig Erhard, würden sich ob solchen Missgriffen im Grabe umdrehen. Der Glaube an heilbringende Interventionen scheint trotz ernüchternden Resultaten mehr denn je intakt zu sein.

Gefährliche Allmacht des Staates

Um Interventionismus schönzureden, wird rasch einmal auf die Erklärung von Marktversagen zurückgegriffen. Der Umstand, dass beispielsweise in der Eurozone knapp 50% der volkswirtschaftlichen Leistung auf den Staat fallen, gegenüber noch etwas über 30% in den 60er Jahren, hat für die Bevölkerung kaum die erhofften Früchte getragen. Im Gegenteil, die meisten Länder des Alten Kontinents haben an Anpassungsdynamik verloren. Im internationalen Vergleich ist Kontinentaleuropa bezüglich Wachstum und Innovation gefährlich zurückgefallen. Die durch die gestiegenen Staatsquoten wachsende Verpolitisierung und Zurückstellung von Signalen des Marktes hat sich in der Eurozone alles andere als gelohnt.

Der ehemalige deutsche Wirtschaftsminister Professor Karl Schiller sollte mit seiner Feststellung recht bekommen, dass nämlich die Weisheit von Ämtern bezüglich der Steuerung der produktiven Kräfte weit begrenzter ist als die Urteilsfähigkeit des Marktes. Die Verweigerung von strukturellen Anpassungen aus politischen Gründen haben viele Länder mit einem hohen Preis bezahlt.

Überreglementierung treibt Arbeitslosigkeit nach oben

Zu einem Bumerang sondergleichen hat sich in den meisten Ländern Westeuropas die Überreglementierung der Arbeitsmärkte entwickelt. Die mangelnde Flexibilität hat die Sockelarbeitslosigkeit auf ein international hohes Niveau schnellen lassen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, zeigen die Zahlen letztlich deutlich, dass überall dort, wo der Arbeitsmarkt hoch reguliert ist, auch die Arbeitslosenrate auf hohem Niveau verharrt. Es kommt daher nicht von ungefähr, dass beispielsweise Grossbritannien, die USA oder aber auch die Schweiz mit ihrer liberalen Haltung über längere Zeiträume hinweg eine weniger als halb so hohe Arbeitslosigkeit wie die Eurozone aufweisen.

Die freiheitliche Arbeitsmarktordnung der Schweiz hat sich für die Menschen ausbezahlt. Das Beschäftigungsniveau ist über die Konjunkturzyklen hinweg bedeutend höher als im umliegenden Ausland. Dank der hohen Flexibilität, die insbesondere bei

den KMU zum Tragen kommt, kann die Arbeitslosigkeit in Phasen der wirtschaftlichen Erholung zudem viel rascher nach unten gedrückt werden. So ging beispielsweise die Arbeitslosenrate im bis 2001 dauernden Aufschwung überdurchschnittlich stark von knapp 6 auf unter 2% zurück.

Mehr Wettbewerb auf den Gütermärkten

Während sich die vergleichsweise niedrige Reglementierungsdichte positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt hat, behindern Wettbewerbsbeschränkungen auf dem Gütermarkt nach wie vor das Wachstum in der Schweiz. Sie sorgen zudem in verschiedenen Branchen für ein überhöhtes Preisniveau. Seit Jahren wird von renommierten Instituten angemahnt, dass die Markthindernisse abgebaut werden müssten. Nachdem verschiedene Länder diesbezüglich Fortschritte erzielt haben, hinkt die Schweiz hintennach.

Die Verschärfung des Kartellgesetzes sowie die weitere Marktöffnung im Rahmen des Binnenmarktgesetzes sind zweifellos Schritte in die richtige Richtung. Sie genügen aber nicht. Aussen- und binnenwirtschaftlich besteht bezüglich Wettbewerb nach wie vor Handlungsbedarf. Aussenwirtschaftlich gilt es in erster Linie im Verhältnis zur EU das Cassis-de-Dijon-Prinzip voranzutreiben. Es ist nicht einzusehen, weshalb das Gütesiegel für in der EU zugelassene Güter nicht auch für die Schweiz gut genug sein soll. Die Politik steht in der Pflicht, die perfektionistischen Auswüchse mit Entschlossenheit zurückzubinden.

Die wirtschaftlichen Fakten sprechen weltweit eine deutliche Sprache. Die Abwehrhaltung gegenüber Marktöffnungen und Wettbewerb lähmt die wirtschaftliche Dynamik und führt letztlich zu erheblichen Wohlstandseinbussen. Die Schweiz hat in verschiedenen Belangen erfolgreich demonstriert, dass sich eine liberale Wirtschaftsordnung lohnt. Es muss daher im Interesse des Standortes Schweiz alles daran gesetzt werden, die unheiligen Allianzen von Besitzstandswahrern aufzubrechen. Freiheit und Wettbewerb zahlen sich ökonomisch aus. Wer, wenn nicht die Schweiz, sollte hier wieder mit gutem Beispiel vorangehen? ●